





FÜR BORNHEIM GEMEINSAM ERFOLGREICH.



Liebe Bornheimerinnen und Bornheimer.

die Corona Pandemie beeinflusst das Leben auch in Bornheim stark. Das Kontakt-

verbot und dessen Auswirkung stellen für alle eine große Belastung dar. Die Auswirkungen auf unsere Unternehmen und unsere Gesellschaft sind nicht absehbar. Dies bedeutet eine vollkommen neue Herausforderung für eine Generation, die bislang nur ein Leben in Freiheit und mit freiem Konsum kennt. In dieser Krise zeigen sich, trotz aller Belastung und Sorge, Kreativität und Solidarität in unserem Stadtgebiet. Viele Hilfsangebote sind installiert worden. Mit einem Einkaufsservice hat sich unsere Junge Union gemeinsam mit der CDU unter dem Motto "Bornheim hält zusammen – Wir helfen" beteiligt. Mit jedem Einkauf in Bornheim wird dafür Sorge getragen, dass unsere Geschäfte und Lokale erhalten bleiben. Wir möchten auch in Zukunft unsere Einkäufe vor Ort tätigen und lecker essen und trinken gehen können. Mit einer Plakataktion "Hilf mit! Kauf lokal" möchten wir darauf aufmerksam machen und unseren lokalen Einzelhandel und unsere Gastronomie unterstützen. In unserem vorigen BLICKPUNKT haben wir unsere Bürgermeisterkandidatin, Petra Heller, vorgestellt und die Themen Nachhaltigkeit und Umwelt behandelt. Mit der aktuellen Ausgabe geben wir Ihnen einen ersten Ausblick auf das Team rund um Petra Heller. Die CDU Bornheim hat sich frühzeitig auf den Weg gemacht, um bei den Themen Mobilität und Bauen für unser Stadtgebiet klare Ziele zu formulieren. Diese stellen wir Ihnen mit unserem BLICKPUNKT vor.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien viel Gesundheit. Passen Sie auf sich auf, halten sich an die Regeln und bleiben Sie gesund. Wenn Sie sich über unsere politische Arbeit informieren möchten, besuchen Sie unsere Webseite **www.cdu-bornheim.de** oder sprechen Sie einen der Ratskolleginnen und -kollegen vor Ort direkt an.

Mit freundlichen Grüßen

gabriele Stocke

Gabriele Kretschmer

Stadtverbandsvorsitzende der CDU Bornheim

Kandidaten der Bornheimer CDU für die Kommunalwahl stehen fest

ie Bornheimer Christdemokraten stellen mit Petra Heller ihre Bürgermeisterkandidatin auf, für die sich auch UWG und FDP aussprechen. In der Aufstellungsveranstaltung am 13. März wurde die Empfehlung des Parteivorstandes eindeutig mit 100% der Stimmen von den anwesenden Mitgliedern unterstützt. Damit tritt eine in der Kommunalpolitik langjährig erfahrene Kandidatin an. Darüber hinaus repräsentiert Petra Heller unsere Stadt als stellvertretende Bürgermeisterin seit 2014 an vielen Stellen und bei zahlreichen Gelegenheiten. Unterstützung erfährt Heller ebenso durch die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU für die Kommunalwahl. Wichtig bei der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten ist der CDU die Verwurzelung der Persönlichkeiten in ihren Wahlkreisen. Dies wurde in beinahe allen Wahlkreisen erreicht. Bornheim ist die Stadt der 14 Ortsteile und dies soll sich auch in der Vertretung im Rat widerspiegeln, um den Besonderheiten der einzelnen Ortsteile gerecht zu werden. Ziel der Christdemokraten ist deshalb, möglichst alle 22 Wahlkreise zu gewinnen.

Aus dem Personaltableau der CDU wird die gute Mischung aus erfahrenen und neuen Kandidatinnen und Kandidaten ersichtlich. Die Bewerberinnen und Bewerber für den Kreistag werden im Rhein-Sieg-Kreis aufgestellt. Bornheim empfiehlt Hildegard Helmes, Gabriele Kretschmer und Michael Söllheim.



Folgende Kandidaten treten für die CDU an:

BORNHEIM: Daniel Schumacher,

Michael Söllheim und Matthias Wingenbach

ROISDORF: Gabriele Kretschmer,

Holger Lamprichs und Bernhard Strauff

MERTEN: Petra Heller und

Lutz Wehrend

SECHTEM: Andreas Geuer und

Theo Geuer

HERSEL: Thomas Meyer und

Rüdiger Prinz

WALBERBERG: Sascha Mauel und Dr. Charlotte Freifrau von Canstein WALDORF: Hans Günter Knapstein

BRENIG: Christian Mandt

KARDORF: Hans Günther Engels

WIDDIG: Rolf Schmitz

HEMMERICH: Dr. Hermann-Josef

Meiswinkel

RÖSBERG: Günter Engels DERSDORF: Dr. Helmut Preiß

UEDORF: Bernd Marx

Fahrradfreundliches Bornheim

Die CDU Bornheim bekennt sich zur Stärkung des Radverkehrs. Allen Verkehrsteilnehmern sollte eine gleichwertige Bedeutung bei zukünftigen Planungen eingeräumt und eine Umsetzung sollte mit Augenmaß angegangen werden. Bornheim ist eine ländliche Kommune, in der viele Bürgerinnen und Bürger weiter auf ein Auto angewiesen bleiben. Nach und nach möchten wir das Radwegenetz ausbauen und optimieren. Wir setzen uns dafür ein, dass das Radverkehrskonzept weiter fortgeschrieben wird.

Doch wie bei vielen Projekten geht es nur nach und nach. Neben finanziellen Aspekten sind die notwendigen personellen Ressourcen nicht in dem Maße vorhanden wie wünschenswert.



Einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Radverkehrs ist aus CDU-Sicht die in Planung befindliche RadPendlerRoute von Bornheim über Alfter nach Bonn. Von einem gut ausgebauten und sicheren Radweg, der vorrangig die Bedürfnisse der Radpendler bedient, versprechen sich die Christdemokraten eine Verlagerung des Berufs- und Ausbildungsverkehr vom Pkw aufs Fahrrad. Auch die Radverkehrsverbindung zwischen Köln und Bonn soll mit dem Lückenschluss in Bornheim aufgewertet werden. Dazu beantragte die CDU bereits 2011 entlang der L 300 zwischen Hersel (Friedhof) und Widdig einen kombinierten Geh-und Radweg, den sogenannten Bürgerradweg. Dieser hat auch eine besondere Bedeutung in Hinblick auf die Schulwegsicherung, für die Kinder, die die Linie 16 nutzen. Unterstützung für dieses Projekt hat der Landtagsabgeordnete Oliver Krauß zugesagt, um die Realisierung voran zu treiben.

Umgehungsstraße für den Knotenpunkt Hersel

er Pendlerverkehr von der A555 in den Bonner Norden und umgekehrt ist hauptsächlich verantwortlich für den täglichen Stau am Bahnübergang Hersel, der sich im Berufsverkehr am Limit befindet.

Die CDU hat zudem mehrfach im Rat angemerkt, dass es für die Technik der Schranken- und Signalanlage keine ausreichenden Ersatzteile mehr gibt. Der vergleichbare Bahnübergang Hürth-Kalscheuren blieb für fast zwei Jahre für den Auto- und Fußgängerverkehr geschlossen, nachdem die dortige Anlage ausgefallen war. Nicht auszumalen, was in Hersel geschieht, sollte der Bahnübergang für zwei Jahre schließen, ohne dass eine Ausweichroute vorhanden ist. Eine Entschärfung der Kreuzung durch Tieferlegung von Bahnstrecke oder Straße ist ferne Zukunftsmusik.

Um diesen Stau-Knotenpunkt in Hersel dauerhaft zu entlasten und den Verkehr zu entzerren, setzt sich die CDU seit dem Frühjahr 2018 für eine Alternative ein. Aus Sicht der Christdemokraten würde eine Umgehungsstraße abgehend am Mittelweg Abhilfe schaffen. Mit diesem Vorschlag der Umgehungsstraße soll deutlich schneller für eine Entlastung gesorgt werden und den Bürgern somit mittelfristig eine realisierbare Lösung angeboten werden.

Von dieser Alternative konnte die CDU auch ihre Partner von UWG und FDP überzeugen. Unterstützung bekommen die Bornheimer von den CDU Abgeordneten aus Auerberg und Buschdorf sowie allen Landtagsabgeordneten von CDU und FDP.



Die rote Variante 1a wird als Lösungsmöglichkeit von der CDU favorisiert.

Diese Idee, initiiert von den Vertretern der CDU Hersel, Uedorf, Widdig nimmt nun weiter Form an. Anderthalb Jahre später folgte Mitte Februar die Vorstellung der "Machbarkeitsstudie für eine niveaufreie Kreuzung der L118 mit den Eisenbahngleisen" der Linie 16 im Stadtentwicklungsausschuss. Vorgestellt wurden mehrere Lösungsmöglichkeiten (siehe Grafik), von denen die dargestellte rote Variante 1a von der CDU favorisiert wird.

Über diese Umgehungsstraße würde ein Großteil des Verkehrs vom Bahnübergang am Herseler Bahnhof abfließen. Mit dieser Lösung kann das komplexe Infrastrukturproblem auf Bornheimer Stadtgebiet gelöst und gleichzeitig würden zwei Gewerbeflächen mit erschlossen werden. Darüber hinaus entstünde ein begleitender, durch einen Grünstreifen abgetrennter Fuß- und Radweg, der das Grünen-C aufwerten könnte. Das Grüne-C selbst wird lediglich tangiert und nicht zerschnitten.

Mit Ausnahme der Grünen haben mittlerweile alle Ratsfraktionen in Bornheim den Vorteil dieser Lösung erkannt und unterstützen diese. Würde zudem eine kommunale Lösung in Betracht gezogen, wäre die Realisierung laut Verwaltung eher planbar, jedoch wurde kein zeitlicher Rahmen genannt.

Bildung und Schulen - Ohne Bildung kein Wohlstand

Investitionen über 100 Millionen Euro in die Bornheimer Schullandschaft

ie Bildung unserer Kinder ist eine der wichtigsten Ressourcen in unserem Land. Wir stellen uns der damit einhergehenden Verantwortung und setzen uns dafür ein, dass unsere Bornheimer Schülerinnen und Schüler – ungeachtet ihrer Herkunft oder möglicher Handicaps – in unserer Stadt die für sie bestmöglichen individuellen Bildungsangebote vorfinden.

Damit die Bornheimer Schulen den Herausforderungen und Entwicklungen der Zukunft gewachsen sind, hat sich die CDU Bornheim im zuständigen Schulausschuss und im Stadtrat dafür eingesetzt, dass in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen in die Erweiterung unserer Schulen fließen und die dort erforderlichen Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Denn die CDU Bornheim ist davon überzeugt, dass die hierfür erforderlichen Gelder eine wichtige und notwendige Investition in unsere Zukunft darstellen.



Ein besonderer Fokus liegt dabei auf einer Förderung des Ganztagesbetriebs, wobei wir hierbei die Wahlfreiheit der Eltern auf ein Angebot bis mittags nicht einschränken möchten. Insbesondere an unseren Grundschulen liegt ein steigender Bedarf an Plätzen in der sogenannten Offenen Ganztagsschule (OGS) vor. Da die Bundesregierung plant, ab dem Jahr 2025 einen Rechtsanspruch auf OGS-Betreuung zu normieren, möchte die CDU Bornheim rechtzeitig für eine entsprechende Infrastruktur sorgen, damit beispielsweise Containerbauten keine Dauerlösung werden müssen. Darüber hinaus wollen wir durch die

geplanten Erweiterungsbauten an unseren Schulen sicherstellen, dass alle Bornheimer Schülerinnen und Schüler die von ihnen gewünschte Schule besuchen können und nicht mangels Kapazitäten abgelehnt werden müssen

Um einige Beispiele anstehender Maßnahmen zu nennen: An den Grundschulen Bornheim, Roisdorf und Sechtem stehen Umbauten und Erweiterungen mit einem Kostenvolumen von circa 14 Millionen Euro an. In Merten laufen die Planungen für eine neue Gesamtschule, die an der Stadtbahnlinie 18 errichtet werden soll (Baukosten mindestens 70 Millionen Euro). An der Europaschule in Bornheim wird die alte Turnhalle abgerissen und eine neue Dreifachturnhalle und ein Erweiterungsbau errichtet. Hierfür sind 26 Millionen Euro und eine Fertigstellung im Jahr 2023 eingeplant. Für die Verbundschule in Uedorf muss zusätzlicher Raumbedarf durch den Anbau einer Mensa und zweier neuer Schulräume gedeckt werden und am Alexander-von-Humboldt-Gymnasium (AvH) werden nach der Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren zusätzliche Unterrichts-, Fach- und Lehrerarbeitsräume benötigt. Die CDU Bornheim wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass die gute Infrastruktur an unseren Schulen erhalten wird und auch vor diesem Hintergrund Bornheims Schullandschaft zukunftsfähig bleibt.

Der "neue" Sportplatz Rösberg – ein Gewinn für alle

ie Weiterentwicklung der Bornheimer Höhenorte liegt den Fraktionen von CDU, UWG und FDP am Herzen. Ziel der drei Parteien ist eine Stärkung der Infrastruktur, um dort das Wohnen und Leben für Menschen jeden Alters attraktiv zu halten. Die drei Fraktionen, die in Bornheim die Ratsmehrheit bilden, haben sich daher intensiv um ein Projekt bemüht, das nun Realität werden kann: Auf der Fläche des alten Sportplatzes Rösberg sollen ein Supermarkt, eine Kita und Seniorenwohnungen entstehen. Damit wird die Nahversorgung, Kinderbetreuung und Wohnsituation für Ältere in Merten-Heide, Rösberg und Hemmerich entscheidend verbessert.





BLICKPUNKT BORNHEIM 3

Wer in den Höhenorten lebt, muss jetzt zum Einkaufen ins Tal fahren oder laufen. Ein Supermarkt auf der Höhe, der zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht werden kann, ist nicht nur ein Komfortgewinn, sondern auch ein Beitrag zum Umweltschutz, denn das Auto kann dann häufiger stehen bleiben. Unsere Höhenorte gewinnen dadurch eindeutig an noch mehr Lebensqualität. Angrenzend an die Kita soll ein kleiner Park für alle Bürger entstehen, damit werten wir die Umgebung zusätzlich auf.

Dass Wohnangebote für Senioren in Bornheim immer wichtiger werden, darüber sind sich alle drei Fraktionen einig. Viele ältere Bürger möchten gerne aus ihrem großen Einfamilienhaus in eine kleinere Wohnung ziehen, wenn die Kinder aus dem Haus sind oder der Unterhalt von Haus und Garten zu aufwendig wird. Für diese Bürger braucht es Angebote in ihrem gewohnten Wohnumfeld. Auf dem ehemaligen Sportplatz könnte zukünftig ein solches barrierefreies Angebot, noch dazu in unmittelbarer Nähe zu einem Supermarkt, geschaffen werden.

Die Planungen des Investors werden im Bornheimer Stadtentwicklungsausschuss präsentiert und anschließend den Bürgerinnen und Bürgern im Detail vorgestellt. Die drei Fraktionen hoffen auf eine zügige Beratung und auf eine möglichst rasche Eröffnung von Supermarkt, Kita und Seniorenwohnungen.

Nitrat-Messstellen sollen überprüft werden

Runder Tisch zum Thema "Bornheimer Landwirtschaft"

ine stärkere Einbindung der Landwirte bei der Gestaltung einer nachhaltigen Agrarwirtschaft - das wollen die Mandatsträger der Bornheimer CDU und FDP durchsetzen. Die Stellen zur Messung des Nitratwertes im Bornheimer Grundwasser sollen durch die Landesregierung überprüft werden. Außerdem soll dazu auf Landesebene ein Arbeitskreis mit Vertretern der Landwirtschaft implementiert werden. So lauten zentrale Forderungen eines runden Tisches zum Thema "Bornheimer Landwirtschaft", der kürzlich von Christdemokraten und Freien Demokraten initiiert wurde. Eine entsprechende Initiative zur Unterstützung der Landwirtschaft wollen die beteiligten Landtagsmitglieder, Jörn Freynick (FDP) und Oliver Krauß (CDU), auf Landesebene einbringen.

Neben den Landtagsabgeordneten nahmen weitere Vertreter der Bornheimer Initiatoren von CDU und FDP teil, die zusammen mit verschiedenen regionalen Landwirten, je einem Vertreter der EDEKA, der Landwirtschaftskammer und des Arbeitskreises für Gartenbau, Landwirtschaft und Wasser im Wasserschutzgebiet Urfeld (GLWU) über die Situation der regionalen Landwirtschaft diskutierten.

"Vielerorts ist die Rede von Agrarwende. Von unseren Landwirten erwarten wir Klimaschutz und die Bewahrung der Artenvielfalt. Zugleich sollen sie aber eine Vielzahl an hochwertigen regionalen Lebensmitteln produzieren. Wir als Verbraucher akzeptieren beim Einkauf nur eine qualitativ und optisch einwandfreie Ware, die zudem möglichst nach-



haltig hergestellt sein soll. Das stellt unsere Landwirte vor große Herausforderungen", so Petra Heller, Bürgermeisterkandidatin und Fraktionsvorsitzende. Denn um die steigende Nachfrage nach diesen Nahrungsmitteln bedienen zu können, müssen sie ihre Böden für die Versorgung mit wichtigen Nährstoffen wie Stickstoff auch ausreichend düngen. Hier aber kommt die geplante neue Düngeverordnung der Bundesregierung ins Spiel. Diese Verordnung soll das Düngen, unter anderem mit Gülle, noch weiter einschränken. Denn durch zu viel Stickstoff im Boden, den die Pflanzen nicht mehr aufnehmen können, entsteht ein Überschuss, der schließlich in Nitrat umgewandelt wird und als solches das Grundwasser belasten kann.

Hintergrund für die geplante Verschärfung der Düngeverordnung sind die Vorgaben der Europäischen Union und die entsprechende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, wonach die Bundesrepublik zusätzliche Maßnahmen oder verstärkte Aktionen zum Schutz der Gewässer vor Nitraten aus der Landwirtschaft ergreifen soll.

Die Belastung des Grundwassers mit Nitrat wird über bestimmte Messstellen nachvollzogen. Doch dabei bemängeln die Vertreter der Landwirtschaft, dass die Ursachenforschung in der Regel vom grünen Tisch aus erfolge.

Die Kausalzusammenhänge von erhöhtem Nitratgehalt und der Situation vor Ort würden oft nicht richtig beurteilt. "Unbestritten muss der Nährstoff bedarfsgerecht bei der Pflanze ankommen und sollte die Umwelt nicht unnötig belasten. Bei der Einrichtung der Messstellen und bei der Auswertung der Messergebnisse ist es aber wichtig, ortskundige Experten aus der Landwirtschaft sowie die Landwirtschaftskammer angemessen einzubinden", sind sich die Initiatoren von CDU und FDP einig. Dies könne beispielsweise im Rahmen einer Arbeitsgruppe erfolgen. Hieraus erhoffen sich die Landwirte eine Objektivierung und eine deutlich sachlichere Bewertung, welche Ursachen zu einer erhöhten Nitratbelastung an einer Messstelle geführt haben.

Bis zur Klärung der Ergebnisse äußerten die betroffenen Landwirte den Wunsch nach einem Moratorium der geplanten Düngeverordnung, damit nicht unsachgemäß ermittelte Messwerte den Landwirten die Arbeit erschweren.

Die Landwirte müssen beim Prozess einer nachhaltigen Agrarwirtschaft viel stärker eingebunden werden, denn nur sie können diesen Wandel zum Erfolg herbeizuführen. Das geschieht nicht allein durch gut gemeinte Verordnungen am grünen Tisch.



Wohnraum- und Gewerbeentwicklung in Bornheim

ornheim ist eine wachsende Stadt, die durch ihre Lage zwischen Köln und Bonn stetig an Attraktivität gewinnt. Aus Sicht der Christdemokraten hat der Erhalt der ländlichen Struktur in Bornheim einen hohen Stellenwert. Andererseits nehmen wir auch die soziale Verantwortung der Stadt Bornheim ernst und sprechen uns dafür aus, in den künftigen Wohngebieten die Bedürfnisse von Senioren, jungen Familien und weniger wohlhabenden Einwohnern durch passende Wohnangebote angemessen zu berücksichtigen. Der Bornheimer Wohnungsbau muss sowohl städtebaulich als auch sozial in den jeweiligen Ortsteil passen. Deshalb setzen wir uns für eine gute Mischung von Einzel-, Doppel-, Reihen- und Mehrfamilienhäusern ein. Es werden unterschiedliche Wohnungsgrößen für die verschiedenen Bedarfe benötigt, ob für Eigentum oder zur Miete. Dabei begrüßen wir ausdrücklich den geförderten Wohnungsbau in den Stadtteilen, die bislang nur eine geringe Anzahl solcher Wohnungen vorweisen können. Wir plädieren für eine individuelle Betrachtung aller Baugebiete und sind gegen pauschale Aussagen und starre Quoten von gefördertem Wohnungsbau für das gesamte Stadtgebiet. In jedem Fall muss eine verträgliche Mischung von öffentlich gefördertem und frei finanziertem, privaten Wohnungsbau angestrebt werden. Wohngebiete sollen nicht ausschließlich über Investorenmodelle entwickelt werden, sondern je nach Lage und Ortsteil als Zwischenerwerbs- oder Kooperationsmodell oder durch individuelle Bebauung ermöglicht werden.

Wir setzen uns für eine Stadtentwicklungsgesellschaft ein, um auf die Gestaltung und den Charakter der Stadtentwicklung in Bornheim mehr Einfluss zu nehmen.

Neben der Entwicklung neuer Baugebiete liegt ein Schwerpunkt auf der Innenraumund Ortsraumverdichtung, wie sie bereits in einigen Ortsteilen in Bornheim praktiziert wird. Bauen in zweiter Reihe soll dort, wo rechtlich möglich, unterstützt werden. Die Umgebungsbebauung ist hierbei maßgeblich. Die Entwicklung unserer Gewerbegebiete muss zugleich ökologische, soziale und wirtschaftliche Erwägungen im Blick haben. Wir befürworten die naturnahe Gestaltung von Firmenparkplätzen, eine sorgfältige Materialwahl bei Baumaßnahmen und die Bepflanzung von Straßen mit Grüninseln, um die Standortqualität zu erhöhen.

Wir setzen hierbei bewusst auf Freiwilligkeit, um der Leistungsfähigkeit der Betriebe gerecht zu werden.



Bei Gewerbeflächen sind arbeitsplatzintensive, emissionsarme und innovationsträchtige Betriebe sowie Dienstleistungsunternehmen bevorzugt anzusiedeln.

Der Umfang neuer Bebauung muss mit der bestehenden und geplanten Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Verkehrswegen oder Einkaufsmöglichkeiten im Einklang stehen. Wir wünschen uns in allen Ortschaften barrierefreie und seniorengerechte Wohnungen, die das Leben im Alter in der gewohnten Umgebung ermöglichen. Der ÖPNV muss weiter gestärkt und sein Angebot nachfrageorientiert verbessern werden, so dass die Linien 16 und 18 im 10-Minuten Takt fahren. Einhergehend müssen die Bahnhöfe mit Park und Ride, Ladestationen und Fahrradabstellplätzen den modernen Bedürfnissen angepasst werden. Bornheim soll alternative Mobilitätsangebote fördern und ebenso den Radverkehr weiterentwickeln. Wir setzen uns für die Einhaltung des beschlossenen Flächennutzungsplanes für die Wohnraum- und Gewerbeentwicklung ein. Die dazu gehörige Prioritätenliste gilt als gemeinsame Leitlinie für ein qualifiziertes Wachstum in Bornheim. Vorhandene Grünachsen als Verbindungselemente zwischen der freien Landschaft und dem besiedelten Raum sollen erhalten bzw. zu qualitativ hochwertigen Grünkorridoren weiterentwickelt werden.

Wir wollen grundsätzlich im gesamten Stadtgebiet energie- und ressourcensparendes Bauen fördern und begrüßen deshalb Gründächer, Photovoltaik- und Solaranlagen ausdrücklich.

Senioren Union

n der Senioren-Union haben sich ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger ab dem 60. Lebensjahr zusammengefunden, die sich zu den Grundsätzen und Zielen der CDU bekennen. Eine Mitgliedschaft in der CDU ist nicht erforderlich. Die SenU will im Sinne der Grundsätze und Ziele der CDU an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der Partei und in der Öffentlichkeit mitwirken. Dabei werden vor allem die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Anliegen der älteren Generation vertreten. Die SenU fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Information und Meinungsbildung durch Veranstaltungen, Vorträge und Diskussionen, politische und kulturelle Exkursionen und geselliges Beisammensein. Interessierte Seniorinnen und Senioren sowie neue Mitglieder sind jederzeit herzlich willkommen! Mehr erfahren können Sie auch, wenn Sie folgende Internet-Adresse besuchen:

www.cdu-bornheim.de/senioren-union.

Unsere Termine finden Sie in der Gesamt-Terminliste. Haben Sie Fragen oder Anregungen direkt an uns in Bornheim? Dann erreichen Sie uns unter der nachfolgenden Adresse und Rufnummer: **Vorsitzender: Rolf Schmitz, E-Mail: rolf.anne.schmitz@gmail.com**

Junge Union Bornheim ist wieder da!

it neuen, jungen Gesichtern und frischen Ideen wird sich

die JU Bornheim künftig wieder für die Belange der jungen Generation einsetzen. Mitmachen kann jeder und jede im Alter unter 35 Jahren. Die JU Bornheim ist eine gute Gelegenheit für politisch Interessierte, mit Gleichgesinnten in Kontakt zu kommen. Es finden monatlich regelmäßige Treffen statt, die frühzeitig über die Webseite der JU Bornheim (https://www.cdu-bornheim.de/termine-junge-union) bekanntgegeben werden; folgen Sie ju_bornheim auf Instagram, um auf dem Laufenden zu bleiben.

Bürgersprechstunde mit Petra Heller

telefonisch oder per WhatsApp, immer mittwochs zwischen 17 und 19 Uhr, Tel. 0176 873 719 82 oder nach Vereinbarung, gerne auch per Mail Petra.heller@me.com

Besuch des NRW-Innenministers Herbert Reul beim Bornheimer Blaulicht-Abend

Fortsetzung der Veranstaltungsreihe "Politik im Gespräch"

DU und FDP haben ihre Veranstaltungsreihe "Politik im Gespräch" erfolgreich fortgesetzt. Mit Herbert Reul folgte nun innerhalb von zwei Jahren der vierte Minister der NRW-Landesregierung der Einladung der beiden Parteivorsitzenden Gabriele Kretschmer (CDU) und Jörn Freynick (FDP) nach Bornheim.



Vor rund neunzig Besuchern führte der NRW-Innenminister am 3. März 2020 auf dem Gelände der Spedition Franz Wirtz GmbH in Bornheim-Roisdorf mit einigen grundsätzlichen Anmerkungen zur innenpolitischen Lage in den Bornheimer Blaulicht-Abend ein. Zuvor hatte Herbert Reul am Nachmittag das Bornheimer Aktionsbündnis "Jugend trifft auf Blaulicht – Gemeinsam als Team" besucht. Herbert Reul warb in diesem Zusammenhang: "Wenn dieses Projekt Schule macht, haben wir mehr erreicht als mancher Politiker."

Unter der Moderation der Landtagsabgeordneten Oliver Krauß (CDU) und Jörn Freynick (FDP) stellte sich der Innenminister den verschiedenen Fragen aus dem Publikum. Das Gespräch zeigte, dass sich die schwarz-gelbe Landesregierung die innere Sicherheit zu einem zentralen Thema gemacht hat. Der Innenminister ging beispielsweise auf die Frage ein, was Landes- und Kommunalpolitik dafür tun können, der Bevölkerung das Gefühl von Unsicherheit zu nehmen. Herbert Reul konnte hierzu auf die jüngst von ihm vorgestellte Kriminalstatistik 2019 verweisen, wonach die Kriminalität in NRW auf dem niedrigsten Stand seit dreißig Jahren ist. Dieses erfreuliche Resultat führte der Innenminister unter anderem auf die konsequente Verfolgung und Ahndung von Straftaten zurück.

Der nächste Termin der Veranstaltungsreihe "Politik im Gespräch" ist bereits in Planung. Wenn möglich noch in diesem Jahr wird Prof. Dr. Andreas Pinkwart, NRW-Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung, einer Einladung der Bornheimer CDU und FDP folgen. Genauere Informationen zum Veranstaltungsort und zur Uhrzeit werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Frauen Union



"Nur wer sich bewegt, bewegt etwas" mit dieser Motivation wurde die Frauen Union (FU) 1973 von der mittlerweile verstorbenen Maria Weiler in Bornheim gegründet. Dem Ziel der Gründerinnen, die weiblichen Interessen in der Politik zu vertreten, fühlen sich die Bornheimer CDU Frauen immer noch verbunden. Die politischen, kulturellen sowie sozialen Aktivitäten sind in Bornheim nicht mehr wegzudenken. Dies gilt besonders für die 1978 gegründeten Kleiderstube. Stolz ist die Frauen Union, dass die Bornheimer CDU und auch die CDU Fraktion jeweils von Frauen angeführt werden. Politik ist in jedem Fall – auch – Frauensache! Wenn Sie Interesse an unserer Arbeit haben, kommen Sie auf uns zu.

Vorsitzende: Rita Schreiber | E-Mail: schreiber.rits51@web.de

Impressum

CDU Stadtverband Bornheim vertreten durch die Vorsitzende Gabriele Kretschmer Mörnerstraße 33 53332 Bornheim Telefon: 02222 938915 Fax: 02222 938914 E-Mail: kontakt@cdu-bornheim.de

Layout:

medienstatt GmbH – Die Werkstatt für Kommunikation www.medienstatt.de

Fotos:

CDU Stadtverband Bornheim, Petra Heller, Geobasis NRW, Helmuth Ehl Fotodesign, Stadt Bornheim